

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zusätzlich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareilzeile
80 Pf., Reklamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postfach 1020: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37536. Fernsprecher: Dönhoff 292 bis 297

Neue Abfage an Fried.

Das Reichsinnenministerium will nicht „verhandeln“.

Das Reichsinnenministerium hat — wie es im Gegensatz zu gewissen Pressemeldungen mitteilen läßt — bisher keinerlei Vorschläge oder Anregungen der thüringischen Staatsregierung zu Verhandlungen über die Polizeikosten erhalten.

Bei der Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig hat der Vorsitzende solche Verhandlungen zwar angeregt. Der Vertreter der Reichsregierung aber hat sie mit dem Bemerkten abgelehnt, daß solche Verhandlungen nicht möglich seien, solange die gegenwärtigen politischen Verhältnisse in Thüringen bestehen. Daran hat sich bis jetzt nichts geändert.

Die Polizei oder nichts!

Raziforderung in Sachsen.

Dresden, 22. Juli. (Eigenbericht.)

In der gestrigen Besprechung der sächsischen Reichsparteien erklärte der Vertreter der Nationalsozialisten, Dr. Fritsch, seine Partei hätte keine Veranlassung, auf das Innenministerium zu verzichten. Die Nationalsozialisten erblickten in ihrer sächsischen Politik einen Vorposten gegen das Reich, dem sie Positionen freilich machen wollten. Die Zustimmung zu der vorgeschlagenen Einteilung der Ministerien, nach der die Nationalsozialisten nur das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium erhalten sollten, sei eine Anerkennung des Standpunktes der Reichsregierung, nach dem Nationalsozialisten nicht Polizeiminister sein können. Seine Partei könne das unter keinen Umständen auf sich nehmen. Die Nationalsozialisten wollten mit dem System der Anpassung Schluss machen. Entweder sie erhielten das Innenministerium oder sie müßten sich an den weiteren Arbeiten zur Regierungsbildung als uninteressiert erklären.

Schießende Klebefolien.

Nächtlicher Kampf in Mariendorf. — Soll so der Wahlkampf aussehen?

In Mariendorf gerieten in der vergangenen Nacht nationalsozialistische und kommunistische Klebefolien in eine Schlägerei, in deren Verlauf von den Hakenkreuzern zahlreiche Schüsse abgefeuert wurden. Ein Kommunist und zwei völlig Unbeteiligte wurden durch Streifschüsse leicht verletzt.

Die Kommunisten hatten in der Schützenstraße in Mariendorf an Häuserfronten Wahlplakate geklebt und waren in ihrer Arbeit von einer nationalsozialistischen Klebefolie beobachtet worden. Als die Hakenkreuzler ihre linksradikalen Gegner außer Sicht glaubten, machten sie sich daran, die kommunistischen Plakate wieder abzureißen. Die Kommunisten kamen noch einmal zurück und überrannten mehrere Hakenkreuzler, die gerade im Begriff waren, ein Plakat zu entfernen. Es kam zu einer blutigen Schlägerei. Die Nationalsozialisten griffen zur Schusswaffe und feuerten blindlings darauf los. Der Kommunist Otto Kensch aus der Ringstraße in Mariendorf erhielt ein Kopfstreifschuß und zwei Passanten wurden durch abirrende Kugeln an den Armen verletzt. Das zu Hilfe gerufene Ueberfallkommando machte dem Straßenkampf schließlich ein Ende und brachte vier Nazis sowie drei Kommunisten ins Polizeipräsidium.

Kommunistische Schmierfinken haben im Laufe der Nacht die Christus- und Melanchthontische mit weißer Farbe beschmutzt. Als Signum setzten sie unter ihren Bubenstreich die Zeichen K. F. A. (Kommunistische Freidenker-Jugend). Als die Polizei, die von Passanten alarmiert worden war, einschritt, flüchteten die Täter und entkamen unerrannt.

New York schmachtet.

Keine Aussicht auf Abkühlung. — Man schläft in den Parks.

New York, 22. Juli. (Eigenbericht.)

New York wurde am Montag von einer Hitzewelle heimgesucht, die alle seit 1898 dagewesenen Temperaturen überbot. Um 2 Uhr nachmittags wurden in New York im Schatten 37 Grad Celsius und im Central Park in der Sonne 57 Grad Celsius gemessen. Die Hitzewelle hat bisher in New York 28 Todesopfer gefordert. Nach hier vorliegenden Meldungen sind im ganzen Lande bisher über 100 Todesfälle infolge Hitzschlags zu verzeichnen. Die Hospitäler

Anschluß verpaßt!



... und dann, Herr Hugenberg, fehlt Ihnen auch das Format!

sind mit Opfern der Hitze überfüllt. Hunderttausende flüchteten vor der Hitze an den Meeresstrand. Groß war auch die Zahl, die während der Nacht in den Parks und Anlagen, die zum Schlafen freigegeben worden sind, eine Schlafgelegenheit suchte. Eine Aussicht auf Abkühlung besteht vorläufig nicht. Vielmehr werden auch aus dem Landesinnern ähnlich hohe Temperaturen wie in New York gemeldet.

Streik gegen Sozialversicherung.

Die Metallarbeiterschaft in Lütt im Ausland.

Paris, 22. Juli. (Eigenbericht.)

Die Streikbewegung in Nordfrankreich gegen die Lohnzüge für die Sozialversicherung hat an Ausdehnung beträchtlich zugenommen. Nach der Aussperrung von etwa 20 000 Textilarbeitern hat am Montag die Metallarbeiterschaft von Lütt den Generalstreik beschlossen. Verhandlungen um eine Lohnerhöhung zur Deckung der Sozialabgaben blieben erfolglos. Der Streik dürfte etwa 50 000 Arbeiter treffen. Zahlreiche Polizeiverstärkungen sind nach Lütt abgeschickt worden, um die Ordnung aufrechtzuerhalten.

In der Pariser Automobilsfabrik Citroen kam es am Montag zu einem wilden Streik. Etwa 4000 Arbeiter legten die Arbeit plötzlich nieder. Man befürchtet, daß die Zahl der Streikenden heute auf etwa 10 000 Mann steigen könnte.

18 Tote in Kairo.

Der König vor dem Rücktritt?

London, 22. Juli. (Eigenbericht.)

Die Zahl der Opfer bei den gestrigen Zusammenstößen in Kairo beziffert sich bisher auf 18 Tote und 119 Verletzte. Von den Häftlingen des Suezkanals kamen an die hauptstädtische Polizei SOS-Rufe, da auch dort Unruhen ausgebrochen sind. In Port Said wurden 79 Personen verletzt.

Der Korrespondent des „Daily Herald“ meldet aus Kairo, in dortigen einflussreichen Kreisen herrsche die Ansicht vor, König Fuad werde als Folge der gegenwärtigen politischen Lage in Ägypten zurücktreten. Ministerpräsident Sidky Pascha solle gleichfalls beabsichtigen, sein Amt niederzulegen. Der Vizepräsident der ägyptischen Kammer, Abd-el-Bey, habe dem König ein von 145 Abgeordneten unterzeichnetes Geheiß überreicht, in dem er um Einberufung einer Sondersitzung des Parlaments gebeten werde. Als Hauptgrund für dieses Verlangen werde angegeben, man befürchte, daß die Beziehungen zu England durch die gegenwärtigen Ereignisse gefährdet werden könnten.

Einsturz beim U-Bahnbau.

Ein Arbeiter getötet, ein weiterer lebensgefährlich verletzt.

Auf der im Bau befindlichen U-Bahnstraße Alexanderplatz—Lichtenberg trug sich heute mittag ein schwerer Unfall zu, bei dem ein Arbeiter getötet, ein anderer lebensgefährlich verletzt wurde.

Eine Gruppe von Arbeitern der Baufirma Hagemann u. Gudowar im Tunnel in nächster Nähe des Georgenkirchplatzes mit Verschaltungsarbeiten beschäftigt. Aus noch nicht geklärt Ursache gab ein schwerer Eisenträger plötzlich nach und ein Teil der Verhalung stürzte krachend zusammen. Der 27jährige Arbeiter Josef Bloch aus der Seibelstraße 38 und der 28jährige Arbeiter Blochowik, der in einer Laubenstiedlung in Reinickendorf wohnt, wurden unter den Trümmern begraben. Bloch hatte so schwere Schädelverletzungen erlitten, daß er nur noch als Leiche geborgen werden konnte. Blochowik erlitt eine schwere Wirbelsäulenverletzung. Er wurde nach der Klinik in der Ziegelstraße gebracht, wo er bedenklich daniederliegt.

Von der Polizei ist sofort eine Untersuchung über die Ursache und Schuldfrage eingeleitet worden.

Nazis möchten aus der Haft.

Erregte Zusammenstöße im Röntgentaler Prozeß.

Nachdem nun die Angeklagten im Röntgentaler Prozeß einer nach dem anderen in so glanzvoller Weise ihre Auslagen in der Voruntersuchung bestritten haben, glaubte heute morgen ein Teil der Verteidiger den Augenblick für einen Haftentlassungsantrag gegeben. Den Reigen eröffnete Rechtsanwalt Dr. Becker für den Sturmführer Pantrath. Dem Antrag, erklärte er, sei durchaus keine Demonstration, sondern entspreche der Prozeßlage. Kein einziger Moment spreche dafür, daß sein Klient an den Geschehnissen vor dem Lokal Meisel teilgenommen habe. Es bestehe keine Verdunklungsgefahr und mahin sollte etwa Pantrath fliehen. „Nach Ungarn“, ruft der Staatsanwalt dazwischen. Die Angeklagten widersprechen dem Antrag auf Haftentlassung. Durch seinen Kollegen angeregt, stellt nun auch Rechtsanwalt Dr. Buchholz einen Haftentlassungsantrag für den Angeklagten Schwab. Rechtsanwalt Dr. Hilbrand erklärt dagegen, seine Haftentlassungsanträge in bezug auf Köppner und Wütke juristisch zu wollen.

Das Gericht lehnt alle Haftentlassungsanträge der Verteidigung ab.

Nun sollte eigentlich die Vernehmung der zu heute geladenen 15 Zeugen beginnen. Da erhebt sich Rechtsanwalt Dr. Blauth, der Verteidiger des Schülers Schletter und erklärt, daß die von ihm am 5. März bei sich geführte Schreckschußpistole bei dem Zeugen Obst von der Polizei beschlagnahmt worden sei und sich bei den Akten befindet. Die Pistole wird vorgezeigt, der Angeklagte Schletter bestreitet, daß es die feine sei; er habe seine Schreckschußpistole am 6. März im Lokal Franz dem Brake gegeben, der sie in seine Manteltasche gesteckt habe. Brake befindet sich im Zuschörerraum und wird vor den Zeugen gerufen. Er kann sich nicht dessen entsinnen, Schletters Pistole an sich genommen zu haben, wisse aber, daß der Stahlhelmann Brinkmann einen Kriminalbeamten zu einem Kameraden geführt habe, bei dem auch Schletters Pistole gefunden worden sei. Schletter bleibt aber dabei, die Pistole dem Zeugen Brinkmann gegeben zu haben. Brinkmann soll am Donnerstag zur Gerichtsstelle erscheinen.

Peinliche Fragen wollen sie nicht beantworten.

Die nächste halbe Stunde ist von erregten Zusammenstößen zwischen Verteidigung einerseits und Staatsanwalt und Nebenkläger andererseits ausgefüllt. Der Zeuge Brake, aktives Mitglied des Sturmes Weihenstephan, soll einige peinliche Fragen beantworten. Rechtsanwalt Dr. Becker und von ihm angestiftet auch die anderen Verteidiger beanstanden die Fragen. Der Vertreter des Nebenklägers, Rechtsanwalt Dr. Joachim, will z. B. wissen, ob in Gegenwart des Zeugen im Lokal Franz nach dem 5. März Verhandlungen getroffen worden sei, in welcher Weise man sich der Polizei gegenüber wegen des Vorfalls in Röntgental zu verhalten habe. Rechtsanwalt Dr. Becker verlangt Gerichtsbeschluss. Das Gericht läßt die Frage nach längerer Beratung zu. Der Zeuge beantwortet die Frage des Nebenklägers mit einem Nein. Ein neuer Konflikt entsteht, als Staatsanwalt Siebnig vom Zeugen erfahren will, ob die SA-Leute trotz des von ihrer Zentralleitung er-

